

Mittwoch (Vormittag), 6. Dezember 2017

Gesundheits- und Fürsorgedirektion

79 2017.GEF.651 Kreditgeschäft GR

Programm «ärztliche Weiterbildung in Hausarztpraxen (Praxisassistenten)». Verpflichtungskredit für die Finanzierung des Programms 2019–2022

Präsidentin. Wir kommen als Nächstes zum Traktandum 79 der GEF; dies ist wiederum ein Kreditgeschäft. Die GSoK hat dieses Geschäft vorberaten. Wir führen eine freie Debatte. Für die GSoK spricht der Kommissionspräsident, Grossrat Kohler, dem ich gerne das Wort übergebe.

Hans-Peter Kohler, Spiegel b. Bern (FDP), Kommissionspräsident der GSoK. Ich kann mich hier wirklich kurz fassen, weil das Programm unbestritten ist. Es handelt sich dabei um einen mehrjährigen Verpflichtungskredit. Wir haben kürzlich einen Überbrückungskredit für das Jahr 2018 gesprochen. Es geht darum, möglichst viele ausgebildete Ärzte nach dem Studium in die Hausarztmedizin zu bringen. Wir haben auch die 100 zusätzlichen Studienplätze hier am Medizinalstandort Bern. Dort hat man eine weitere Verpflichtung, die besagt, dass möglichst viele davon in die Grundversorgung münden. Das Programm «ärztliche Weiterbildung in Hausarztpraxen» hat sich bewährt. Man bringt damit effektiv mehr Personen in die Grundversorgung. Es wird aktuell; das Programm ermöglicht eine Aufstockung von 21 auf 35 Plätze, was als grosser Erfolg zu werten ist. Die finanzielle Beteiligung der Lehrärzte steigt von 2000 auf 4500 Franken. Das ist aber sehr gut akzeptiert worden. Abschliessend kann ich sagen, dass sowohl die Ärztesgesellschaft des Kantons Bern als auch das Berner Institut für Hausarztmedizin (BIHAM) und der Verein der Bernischen Haus- und KinderärztInnen (VBHK) die finanzielle Mehrbeteiligung der Lehrärzte unterstützen. Es ist also breit abgestützt. Es ist etwas sehr, sehr Gutes, und mit der Sprechung dieses Kredits leisten wir einen wichtigen Beitrag, um mehr Ärzte in die wichtige Grundversorgung Hausarztmedizin hinein zu kanalisieren. Es handelt sich also um etwas sehr Gutes und seitens der GSoK Unbestrittenes. Ich bitte Sie, diesem Kreditgeschäft zuzustimmen.

Präsidentin. Gibt es Fraktionssprecherinnen oder -sprecher, die sich zu Traktandum 79 äussern möchten? Für die EVP-Fraktion hat Grossrätin Beutler das Wort.

Melanie Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP). Als EVP-Fraktion unterstützen wir das Programm der Praxisassistenten zu 100 Prozent und stimmen dem Kredit dementsprechend ausnahmslos zu. Wir finden es wichtig, dass Weiterbildung auch in Hausarztpraxen stattfindet und nicht nur beispielsweise in Spitälern. So können Ärztinnen und Ärzte an Ort und Stelle oder an den Patienten der Hausarztpraxis die Kunst der relativ kostengünstigen und effizienten Hausarztmedizin erlernen. Die Langzeitbetreuung von oft chronisch kranken Patientinnen und Patienten ist nämlich tatsächlich eine andere Form von Medizin. Sie deckt ein breiteres Spektrum ab, als es üblicherweise in Spitälern oder bei Spezialisten gelernt wird. Die Hausarztmedizin ist auch oft weniger apparateintensiv und dafür mehr diagnostisch und manuell geprägt. Die EVP-Fraktion unterstützt die Erhöhung auf 35 Praxisassistentenstellen. Wir haben uns sogar sagen lassen, es seien bereits nahezu alle Stellen vergeben. Besonders unterstützen wir in diesem Zusammenhang auch die Einführung des Fonds, der definitiv in die richtige Richtung im Sinn eines Steuerungsinstruments weist. Praxen, die meist in Randregionen liegen und sich normalerweise eine solche Praxisassistenten vielleicht nicht leisten könnten, würde auf diese Weise finanziell eine höhere Unterstützung gewährt als den anderen Arztpraxen für deren Praxisassistenten. Sie zahlen immerhin 4500 Franken an deren Lohn. Die EVP-Fraktion stimmt dem Kredit also zu.

Carlo Schlatter, Thun (SVP). Die medizinische Grundversorgung durch Hausärzte ist unbestritten ein wichtiger, effizienter und kostengünstiger Pfeiler in unserem Gesundheitssystem. Auch wir von der SVP sind überzeugt, dass dieses Programm durchaus eine gewisse Wirkung entfalten kann.

Das neue Finanzierungsmodell, bei dem sich die Lehrpraktiker neu mit 4500 Franken anstelle von bisher 2000 Franken pro Praktikant und Monat an den Lohnkosten beteiligen, erscheint uns als vernünftiger Kompromiss, den wir unterstützen können. Auch den Fonds von 84 000 Franken, der benachteiligte Praxen in Form eines tieferen Beitrags an die monatlichen Lohnkosten unterstützt, erachten wir als sinnvoll. Wir sind uns aber auch bewusst, dass damit das Problem des Hausarztmangels gerade in peripheren Regionen überhaupt noch nicht gelöst ist. Die Attraktivität des Berufs des selbstständigen Hausarztes hat nicht zuletzt auch wegen der massiv zunehmenden Regulierung, den veränderten Patientenansprüchen und dem in der Öffentlichkeit der Ärzteschaft gegenüber latent kultivierten Misstrauen massiv abgenommen. Der Hausarzt ist schon gut, aber am Ende des Tages will halt doch jeder zum Spezialisten, sei es um zum Orthopäden, sei es zum Nephrologen oder zum Neurologen und so weiter. Dies führt unter anderem dazu, dass für jüngere Ärztegenerationen das Bild des Hausarztes als Einzelkämpfer für das Wohl seiner Patienten nicht mehr stimmt und die höheren Ansprüche an die Work-Life-Balance mehr Gewicht erhalten haben. Wenn man für die Zulassung zum Medizinstudium im Numerus-Clausus-Test nur kognitive Fähigkeiten verlangt, hat man möglicherweise die falsche Auswahl für zukünftige Hausärzte getroffen. Gegen diese Entwicklung hilft auch der vorliegende Verpflichtungskredit nicht wirklich bei der Lösung des Problems Hausarztmangel weiter. Vielmehr braucht es hier einen grundlegenden Gesinnungswandel sowohl vonseiten der kommenden Ärztegeneration als auch vonseiten der Patienten mit ihren Ansprüchen. Die SVP-Fraktion wird dem vorliegenden Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen.

Andrea de Meuron, Thun (Grüne). Die Erhöhung von 21 auf 35 Stellen ist eine begrüßenswerte Massnahme. Wir sind überzeugt, dass man damit den Beruf des Hausarztpraktikers beziehungsweise der Hausarztpraktikerin schmackhaft machen kann. Es ist ein wichtiger und wertvoller Beitrag zur Förderung der Grundversorgung. Die Finanzierung erfolgt durch eine Erhöhung des Beitrags der Lehrpraktiker. Damit kann der Kantonsbeitrag pro Stelle von 59 000 auf 43 000 Franken reduziert werden. Für die grüne Fraktion ist die Tatsache wesentlich, dass trotz der Erhöhung des Lehrpraktikerbeitrags genug Interesse in Form von Ausbildungsplätzen vorhanden ist. Dies wurde während der letzten Debatte gesagt. Man könnte etwas ketzerisch fragen, ob der Beitrag denn nicht immer noch zu tief liege. Jedenfalls sind wir froh, dass sich die damals geäußerten Befürchtungen zum Zwischenkredit nicht bestätigt haben und alle Verbände diese Vorlage nun unterstützen. Eine entscheidende Verbesserung sehen wir darin, dass für finanziell benachteiligte Praxen dieser Fonds geschaffen wird. So dürften gerade im ländlichen Raum erschwerte Bedingungen vorliegen. Darin sind wir uns hier wohl einig. Wir wünschen uns, dass die Praxen auf dem Land auch wirklich interessierte Assistenzärzte erhalten und in diesem Bereich genügend Grundversorger geschaffen werden können. Mit der Weiterführung des Praxisassistentenprogramms und der Erhöhung der Ausbildungsstellen wird die Hausarztmedizin gefördert. Aber für uns Grüne ist klar, dass wir damit die Problematik der Grundversorgung nicht lösen. Einer der Hauptgründe dafür dürfte darin liegen, dass grosse Einkommensunterschiede in den verschiedenen Fachrichtungen bestehen. Dies gilt es auf Bundesebene anzugehen. Aber zum hier vorliegenden Kredit können wir Ja sagen, und wir Grüne werden ihn unterstützen.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (BDP). Für die BDP-Fraktion ist dieser Kredit sehr wichtig. Im Herbst haben wir bereits dem gleichen Kredit für ein Jahr zugestimmt. Wir befürworten die Aufstockung auf 35 Plätze. Der ausgehandelte Kostenteiler ist nicht bestritten. Der Erfolg ist bereits nachgewiesen worden. Es spricht nichts gegen eine Zustimmung. Wir als BDP bitten Sie, dies ebenfalls zu tun.

Präsidentin. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrätin Striffeler das Wort.

Elisabeth Striffeler-Mürset, Münsingen (SP). Wir haben in der Junisession schon ausführlich über dieses Geschäft diskutiert. Es ist dringend nötig, dass die Zahl der Praxisassistentenstellen erhöht wird. Wir von der SP-JUSO-PSA-Fraktion begrüßen, dass für die benachteiligten Praxen, die es leider immer noch gibt und welche die betreffende Lohnerhöhung nicht übernehmen können, ein Fonds gebildet wird. Wir werden dies unterstützen.

Präsidentin. Es haben sich keine weiteren Fraktionen und auch keine Einzelsprechenden mehr gemeldet. Je passe la parole au directeur de la santé publique et de la prévoyance sociale.

Pierre Alain Schnegg, Gesundheits- und Fürsorgedirektor. Le canton de Berne n'a que peu de possibilités de planifier et piloter les soins ambulatoires. Le programme d'assistantat au cabinet médical permet d'éviter de futures lacunes dans la prise en charge, dans la mesure où il mise sur une répartition régionale des postes et présente une certaine souplesse financière. Grâce à la participation financière accrue des partenaires, les médecins installés, les 14 places supplémentaires – nous passerons de 21 à 35 entre les deux programmes – ne coûteront finalement qu'environ 265 000 francs au canton. Grâce à ces places de stage, il est possible de renforcer l'attrait pour la médecine de famille et permettre ainsi à des jeunes de découvrir l'activité de médecin généraliste. Ces places de stage sont souvent réservées bien à l'avance et font parfois même l'objet de listes d'attente. Chacun le sait, la pression sur la médecine de famille est forte, le manque de praticiens est relativement élevé par rapport à une quantité trop élevée de spécialistes. Il est donc important de pouvoir soutenir par ce genre de programmes une meilleure répartition des médecins. Par ces programmes, nous pouvons également tendre à mieux répartir les futurs médecins. Si les stages se déroulent bien, l'intérêt est ensuite plus grand pour un médecin de s'installer dans une région qu'il connaît déjà. Avec ce projet, le canton de Berne mettra le programme offrant le plus de places de stage actuellement en Suisse. Il est également cohérent avec la volonté de notre canton d'investir plus dans la formation médicale. Le gouvernement vous invite donc à soutenir ce crédit qui permettra d'apporter une certaine contribution pour résoudre le problème du manque de médecins de famille dans notre canton.

Präsidentin. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Verpflichtungskredit zustimmt, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 129

Nein 0

Enthalten 0

Präsidentin. Sie haben den Verpflichtungskredit für das Programm Praxisassistenten einstimmig mit 129 Stimmen angenommen.

Wir haben vorhin betreffend das Traktandum 88 ein Gespräch mit dem Vertreter der Motionärin geführt. Grossrätin Geissbühler ist nicht anwesend, und ihr Vertreter, Grossrat Müller, ist damit einverstanden, dass wir die Motion, die bereits zweimal verschoben wurde, nochmals verschieben und in der Januarsession behandeln. Dies auf Vorschlag von Regierungsrat Schnegg. Er ist der Meinung, es wäre von Vorteil, wenn die anderen Kreditgeschäfte noch heute genehmigt würden. Das heisst, dass wir die Motion 022-2017 «Arbeits- und Wohnintegration für Asylsuchende mit Status B» auf die Januarsession verschieben. Alle sind damit einverstanden. Somit wechseln wir quasi fliegend zu den Geschäften der BVE.

Ich bedanke mich an dieser Stelle herzlich beim Gesundheits- und Fürsorgedirektor und wünsche ihm einen schönen Tag.